

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

160 (13.7.1921)

zialdemokratie ist sich seit langem darüber klar, daß die theoretische Einleitung des Erfurter Programms mindestens sehr mißverständlich ist. Sie berücksichtigt zu wenig die Vielgestaltigkeit des Wirtschaftslebens und der gesellschaftlichen Entwicklung und sucht sie auf allzu einfache Formeln zu bringen. Aber diese Mangelhaftigkeit des Programms hat die Partei in ihrer praktischen Arbeit nicht eben sehr beengt. Die Sozialdemokratie hat längst gelernt, stets mit den wechselnden Tatsachen zu rechnen und ihnen ihre Taktik, wenn auch nicht ihre Grundzüge anzupassen. Diese Grundzüge sind außerordentlich einfach und können durch keine Politik erschüttert werden. Sie laufen darauf hinaus, daß es die große Aufgabe der Sozialdemokratie ist, dem Völkertum zu dienen und die Interessen der Arbeiterklasse sowie des gesamten werktätigen Volkes gegenüber dem toten Kapital zu vertreten, indem sie die arbeitenden Klassen zu einem einheitlichen und bewußten Kampf für die Eroberung der politischen Macht und die Umgestaltung der privaten Erwerbswirtschaft zur gemeinschaftlichen Bedarfsdeckungsgemeinschaft aufeinanderfaßt.

Dies wird zweifellos auch der Grundgedanke des neuen Göttinger Programms sein, dessen Entwurf die Partei mit Spannung erwartet.

Die Fürsorge für die Erwerbslosen und die Kommunisten

Eine, von unserer Partei und den Unabhängigen gemeinsam eingeleitete und durchgeführte Aktion zur Bekämpfung der Erwerbslosen hat noch kurz vor dem Auseinandergehen des Reichstages einen vorläufigen Abschluß gefunden. Der Reichstag hat einen Bericht seines volkswirtschaftlichen Ausschusses entgegengenommen, der eine große Anzahl Vorschläge enthält, zur Bekämpfung der Erwerbslosennot; Vorschläge, die der Reichstag der Regierung zur Durchführung überweist.

Wenn gesagt wird, daß die Aktion zu einem vorläufigen Abschluß gekommen sei, so wird damit angedeutet, daß das Erwerbslosenproblem von uns weiter fest im Auge behalten wird, daß wir nicht ruhen werden in untern Bemühungen, bis das Erwerbsloseneleud gebannt ist.

So leicht ist es jedoch nicht, wie es die kommunistischen Worthelden den armen Erwerbslosen immer vorreden; es sind große Hindernisse inner- und außenpolitischer Art zu überwinden. Noch nie ist wohl dieses Problem so eingehend behandelt worden, wie in den zahlreichen Sitzungen des volkswirtschaftlichen Ausschusses. Und wenn die kommunistischen Reichstagsabgeordneten ihre Pflicht als Arbeitervertreter nicht geradezu verächtlich vernachlässigt hätten, wenn sie nicht von den Ausschussverhandlungen ferngeblieben wären, so würden sie in der mehrwöchigen Aussprache Gelegenheit gehabt haben, zu hören, daß durch Putsch, bei denen man die Arbeitslosen als Stoßtruppen benutzte, jene inner- und außenpolitischen Hindernisse nicht aus dem Wege geräumt werden.

Es ist eben für die kommunistischen Reichstagsabgeordneten viel leichter, vor den hungernden Erwerbslosen heftige Brandreden gegen die Gewerkschaftsverbände und Sozialdemokraten zu halten, als sich hinzusetzen und um die Beseitigung der Notlage der Erwerbslosen zu ringen. Aber solcher Sinn zu praktischer Arbeit im Parlament ist bei den Kommunisten nicht vorhanden; sie lassen sich ja nicht wählen, um sich passiv an der Arbeit des Reichstages zu beteiligen, sondern um diese Arbeit zu erschweren und, wenn sie es könnten, ganz unmöglich zu machen.

Auch die unabhängige Berliner „Freiheit“ sieht sich veranlagt, das Verhalten der Kommunisten zu brandmarken. Sie schreibt u. a.:

„Die beiden sozialistischen Parteien, U.S.P. und S.P.D. begannen die Aktion zugunsten der Erwerbslosen. Erst als ihre Anträge eingebracht waren, kamen auch die Kommunisten hinterher. Die bürgerlichen Parteien waren anfänglich zu keinen Zugeständnissen bereit, ebensowenig die Regierung. Bei dem Kampf gegen sie standen Unabhängige und Rechtssozialisten allein. Die Kommunisten beteiligten sich nicht an den Beratungen, und als sie schließlich auf das Drängen der Unabhängigen im Ausschuss erschienen, da waren sie schweigend. Nicht mit einem Wort trugen sie zur Sache bei. Nicht ein einziges Mal versuchten sie, die Forderungen der beiden sozialistischen Parteien aber ist nur dadurch möglich gewesen, weil die Kommunisten fehlten.“

Das kluge Pferd

Von Zacharias Dinter *)

Am Morgen des 31. März erwachte Herr Albin Höfel in Schöneberg nicht auf die gewöhnliche Weise. Sonst streichelte ihm seine Frau Agnes mit ihrer Samtpatze die linke Wade (Albin pflegt beim Schlafen auf der rechten Seite zu liegen), bis er die wasserblauen Augen aufschlug. Dann sagte Frau Agnes:

„Albin, mußt uffstehn; 's is halb acht!“

Heute wars anders.

Albin erwachte von sehr wenig sanften Geräuschen, die aus der Küche kamen. Tassen und Töpfe klirrten. Die Brotbackmaschine wurde mit hörbarem Gemotz auf den Tisch gestellt. Ein Stuhl tanzte unter gewaltigem Spektakel gegen den Tisch. Oder wars der Küchenschrank, mit dem der Stuhl karamboliert hatte?

Herr Höfel hatte keine Zeit, lange Betrachtungen anzustellen, welche von diesen beiden Möglichkeiten die meiste Wahrscheinlichkeit für sich habe. Die Uhr zeigte schon sieben Uhr vierzig. Er trachtete, daß er in die Kleider kam.

In der Küche nahm Frau Agnes von ihrem angetrauten Lebensgefährten keine Notiz. Sie stellte die Tassen mit einer Festigkeit auf den Tisch, daß sie über die ungewohnte Behandlung heftig kreischten. Der Kaffee ergoß sich mit einem heftigen Schwubber in Albins Tasse, auf der geschrieben stand: Aus Liebe!

Der Augenschein tilgte auch den letzten Zweifel in Albins Gemüt: sein Erschrecken hatte die Stimmung der Frau Agnes, die vorher schon nicht friedfertig gewesen war, erheblich verschlechtert.

Albin durchforschte die letzten Tage, ging wochenweit in der Vergangenheit zurück. Er fand keinen Stein, an dem Agnes hätte Anstoß nehmen können. Das gab ihm Mut zur Frage:

„Aber Agnes! Was haste denn?“

Agnes blickt wie ein Stod in der Mitte der Küche stehen. Ein paar Kobrängen richten sich auf den armen Froch Albin. Dann fällt wie Eiszapfen Wort um Wort von ihren Lippen:

„Was — is — denn — das — für — ne — Lotte, von der Du heute Nacht geredet hast?“

Fällt auf den nächsten Stuhl und schluchzt.

*) Aus Heft 19 von „Der Fitt“, Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben.

Badische Politik

Das Verwaltungsgebührengesetz

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 11. Juli mit der 2. Lesung des Gesetzes über die Änderung des Verwaltungsgebührengesetzes. Die Änderung verlangt Sportelzuschläge von 400 Prozent. In Artikel V wird die Erlaubnis zur Annahme eines anderen Familiennamens mit einer Gebühr von 10 bis 1000 M. belegt. Ein Antrag von deutschnationaler Seite, die Tage für einen Jagdtag auf ein Jahr für Personen innerhalb des deutschen Reichsgebietes von 200 M. auf 150 M. herabzusetzen, wurde insbesondere von sozialdem. Seite abgelehnt.

Eine Anregung von sozialdem. Seite, eine Bestimmung zugunsten des Badenwerks aufzunehmen, wurde ausgesetzt und die Vorlage ohne weitere wesentliche Änderungen gutgeheißen.

Die zweite Lesung des Ertragsteuergesetzes beendet

Nach drei Tagen, an welchen der Haushaltsausschuss vor- und nachmittags Sitzung abhielt, hat er nunmehr auch die 2. Lesung des Ertragsteuergesetzes beendet und es damit verhandlungsreif vor dem Plenum gemacht. Es wurden noch eine Anzahl redaktioneller Änderungen an den einzelnen Gesetzesparagrafen vorgenommen und mehrere Umänderungen vollzogen. U. a. beschloß man beim § 13, der die Steuerpflicht der Gemeinden und Kreise regelt und der später als § 51 bezeichnet wurde, folgende Einschaltung vorzunehmen: „Altersheimen, Kinderbewahranstalten, sowie Gebäude, die ausschließlich der Krankenpflege, der Unterbringung von Waisen, sowie der Pflege nicht volljähriger, krüppelhafter, epileptischer oder schwachmünniger, sowie sittlich gefährdeter Personen dienen, sind von der Steuerpflicht ausgeschlossen.“

Der letzte Absatz des § 48 soll lauten: „Als Betriebsvermögen der Badischen Bank gilt, solange sie Notenbank ist, eine der Hälfte des jeweils eingezahlten Aktienkapitals gleichkommende Summe. Bei der Rheinischen Hypothekendarlehenbank Mannheim wird die Besteuerung jeweils ein Drittel des nach den Bestimmungen dieses Gesetzes berechneten, in Baden steuerpflichtigen Betriebsvermögens zu Grunde gelegt.“ Auf sozialdem. Antrag wird hinzugefügt: mindestens aber eine dem Betrag des Aktienkapitals gleichkommende Summe.

Dem § 49 wird folgender Absatz angegliedert: „Ist der Steuerpflichtige zugleich gewerblicher und land- oder forstwirtschaftlicher Unternehmer, so genießt er die Steuerbefreiung oder Ermäßigung des Steuerwertes nur bezüglich desjenigen Unternehmens, in welchem der größere Steuerwert besteht.“

Schließlich sind für die Gemeinde- und Kreisverwaltungen noch die folgenden Paragraphen beachtenswert:

§ 51 a erhält als Absatz 1 folgende Bestimmung: „Für die Gemeinde- und Kreissteuer gelten, soweit nicht abweichende Bestimmungen getroffen sind, sinngemäß die Bestimmungen dieses Gesetzes.“

Als Absatz 51 g wird eingefügt: „Die Gemeindesteuer (Umlage) wird durch den Gemeindeveranschlag und etwaige Nachträge hierzu festgesetzt und durch die Gemeinde erhoben; die Festsetzung der Kreissteuer erfolgt durch den Kreisveranschlag und etwaige Nachträge hierzu; sie wird durch die Gemeinden des Kreises erhoben.“

Als § 51 h wird eingefügt: „Als Gemeinden im Sinne dieses Gesetzes gelten auch die zu einer zusammengefügten Gemeinde gehörigen Orte mit eigener Gemarung und Gemeindeverwaltung, sowie die abgeordneten Gemarungen.“

Die Kosten der Ordnungspolizei betreffend, wird in der „Karlsruher Zeitung“ von zuständiger Seite geschrieben: Die Verteilung der Polizeikosten in den Städten mit der Staatspolizei, zwischen Staat oder Stadt, beruht auf einer seit Jahren unveränderten Regelung. Ein Unterschied zwischen Kriminalpolizei und sonstiger Polizei wurde hierbei bisher nicht gemacht. Jede Vernehmung der Polizei in den einzelnen Städten bedarf in allen Fällen der ausdrücklichen Zustimmung des Stadtrates. Unrichtig ist sonach, daß die Städte so gut wie keinen Einfluss auf die Mannschafstärke und ihre starke Vermehrung hätten. Verhandlungen wurden nur erforderlich über die Frage, in welchem Umfang die Städte auch zu den durch die Kinder- und Feuerungszulagen erwachsenden Aufwendungen heranzuziehen sind. Die Kostenverteilungsfrage wird wohl in absehbarer Zeit eine Neuregelung durch ein Polizeigesetz finden.

Die Frage gegen die Karlsruher Kunsthalle. Die Deutsche nationale Volkspartei hat folgende kurze Anfrage im Landtag eingebracht: Die Zweifel, ob die Leitung der Kunsthalle mit der Neuordnung der Gemalbesammlung auf dem richtigen Wege sei, mehren sich; ebenso sehr wie die Unzufriedenheit

zunimmt, daß die Arbeit so langsam vorwärts rückt. Darüber helfen auch die vom Direktor Dr. Stenz gemachten öffentlichen Darlegungen nicht hinweg; in Sonderheit ist man auch befragt über die getätigten Verkäufe aus dem Besitz der Kunsthalle. Wer gibt die Genehmigung dazu und trägt die Verantwortung dafür? Ist die Regierung bereit, hierüber Auskunft zu geben?

Soziale Rundschau

Sie schänden sich selbst

Auf dem kürzlich stattgefundenen Verbandstag der Postbeamtinnen erklärten sich 178 von 179 Teilnehmerinnen für folgende Entschliebung:

Der 10. Verbandstag billigt die Bemühungen des Verbandsvorstandes zur Abwehr der verfassungswidrigen Untergrabung der Ehe führenden Bestrebungen nach bedingungsloser Freigabe der unehelichen Mutterchaft für Beamtinnen und beauftragt ihn, diese mit aller Entschiedenheit fortzusetzen. Der Verbandstag wohnt die Regierung und Volksvertretung zu einem Zeitpunkte übereilte Beschlüsse zu fassen, und erucht, die Frage im Sinne nachstehender Richtlinien zu behandeln:

1. Die außereheliche Mutterchaft gibt an sich einen hinreichenden Anlaß zu einem bis hin zum Verstoß gegen den Artikel 109 Absatz 2 der Reichsverfassung nicht zu erlösen.

2. Im Falle des Vorkommens außerehelicher Mutterchaft hat der zuständige Disziplinarmagistrate bei lebenslanglich angelegten Beamtinnen die Notwendigkeit der Entsetzung aus dem Amte gemäß § 34 Absatz 1 des B.G.B., bei nicht lebenslanglich angelegten Beamtinnen die Notwendigkeit der Entlassung zu prüfen auf Grund der besonderen Pflicht des Beamten, sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung würdig zu zeigen, die sein Verstoß erfordert. Das Ergebnis der Prüfung ist der obersten Reichsbehörde zur Entschcheidung vorzulegen. Zu dieser sowie zu den Ermittlungen ist die zuständige Organisationsvertretung hinzuzuziehen.

3. Diese Richtlinien gelten für Reich, Staat und Gemeinde. Diese Beamtinnen sind ein jämmerliches Volk. Sie schänden ihr eigenes Geschlecht.

Genossenschaftsbewegung

Mitarbeiter und Mitläufer in der Genossenschaft

Der Mitarbeiter nicht und streitet für seine Genossenschaft; es ist ihm Ehrenpflicht, seinen Bedarf nur in seiner Genossenschaft zu decken; er mächt nicht am Kleinfien. Er ist sich bewußt, daß heute noch unvollkommenes nicht durch Kritik allein, sondern durch ernste, das Ziel ins Auge fassende genossenschaftliche Betätigung verollkommenet werden kann. — Der Mitläufer trachtet mit dem Heer der Gedankenlosen und wird so eine Beute des rufamtretreibenden Kapitalisten. Er übt täglich meist unbehauptet Verrat an seiner Genossenschaft. Er lebt nur für den Tag und sieht nicht in die Zukunft. Er schimpft auf den Kapitalismus und fordert täglich in starken Worten seine Beseitigung, wird sich aber nicht klar darüber, daß er seinen Kapitalismus nur stützen hilft, wenn er nicht mit seiner ganzen Persönlichkeit zu seiner Genossenschaft hält. Bist du, lieber Leser, ein Mitarbeiter oder ein Mitläufer?

Jugend und Sport

Die „Arbeiter-Jugend“

erschien in besonders starkem Umfang als „Vielefeld-Kummer“. Sie ist dem zweiten deutschen und ersten internationalen Arbeiterjugendtag in Vielefeld vom 30. bis 31. Juli gewidmet. Die erste Seite bringt eine gute Wiedergabe der Sparendung bei Vielefeld. „Dann folgt das genaue Programm. In einem Aufsatz „Von Weimar bis Vielefeld“ erzählt Karl Korn, der Redakteur der „Arbeiter-Jugend“, in feilsender Weise von dem hohen Auffassung des Bundes im letzten Jahr. In die Praxis der Bewegung führen uns Erich Alenhouer und Walter Poller (Miel). Dann marschieren nacheinander auf: Max Weisbach (Unsere wirtschaftl. und kulturpolitischen Aufgaben), Richard Reimann (Unsere Internationale), Kurt Wegner (Arbeiterjugend und Jungsozialisten), E. Sager-Bielefeld (Zur Wanderfahrt nach Vielefeld), Lisa Albrecht (Ein Rundbrief aus die Wädel). Jeder Genosse laufe sich das billige Heft, Preis 1 Mark. Jeder Arbeiterjunge und jedes Arbeitermädchen melde sich im Arbeiterjugendverein als Mitglied; wer die Beiträge pünktlich bezahlt, erhält die „Arbeiter-Jugend“, gratis.

jede äußere Organisation ein Umkleen von Kulissen, dahinter das alte Wesen sein Spiel weiltreibt.

Dieses alte Wesen hat uns an den Abend gedrängt. Weiß die Arbeit jeden Sinn verloren hat, der über den nur technischen Fortschritt hinausweist, treibt eine Welt dem alles verschlingenden Strudel der Anarchie zu. Das Donnern des Wasserfalls klingt mit jeder Stunde lauter und näher an unser Ohr.

Ein Niagara droht über unsern Häuptern. Wann wird sich der Sturm lösen und alles mit sich reißen?

Die Götterdämmerung des materialistischen Weltwesens ist angebrochen. Alte Götter rüsten zum letzten Kampfe, sie erwarten den Ansturm eines neuen Geistes, der die Menschheit erobern will. Heute beraupt der kommunistische Gedanke die Hirne und zaubert wieder einmal vor alle Augen das uralte Märchenreich der freien und Gleichen.

Der Mensch bricht auf, weil seine Zeit erfüllt ist. Was mit dem Menschen im Bund ist, hält sich bereit zu der seit dem Aufgang des Christentums größten Wanderung nach Gelösung.

Lacht uns im Vortrupp dieser Wanderung gehen, die wir Jugend sind und den Mut zur Utopie haben!

Vor uns her trägt die Tafeln des neuen Rechtes, auf denen weithin sichtbar geschrieben steht: Arbeit ist keine Ware, die zu Märken oder zu verlaufen ist.

Arbeit will Kraft zur Freude, damit ihr Werk von dieser Kraft getragen sei.

Arbeit ist die Ehre, die allen zukommt in gleichem Maße. Arbeit ist Geist und Tat, Idee und Handgriff, Hirn und Haut.

Pflanzen wir diese Gesinnung, daß wieder Freude und Freude in unser Tagewerk kommt, daß unser Tagewerk seinen Wert aus dem Geist empfängt, nicht aus der Kalkulation der Rechenmaschinen.

Dann wird die Arbeit den Sinn empfangen, der ihrer allein würdig.

Sie wird wieder im Einklang stehen mit allen Kräften, die in der Welt höherem Zweck dienen. Sie wird selbst Kultur sein nicht nur Zivilisation schaffen.

Eingelassen in das allgemeine Dasein der Welt wird sie unser Tor zu einer neuen Religiosität. Wir werden durch Arbeit mehr als Brot gewinnen. Wir werden in ihr und mit ihr dem Geiste leben.

Reißt die goldene Frage ab, die das göttliche ernste Antlitz des schaffenden Geistes solange einstellt hat. Die Arbeit will wieder ein menschliches Gesicht, darin sich die Gottheit spiegelt.

Beredlung der Arbeit

Karl Bräuer, der bekannte proletarische Dichter, macht in seiner Schrift „Vom neuen Sinn der Arbeit“ (Eugen Dieckmann, Jena) folgende schönen Bemerkungen:

„Ein neuer Geist muß auferstehen. Es muß der Wahn vertreiben werden, daß arbeiten nur heißt handlangern für den persönlichen Genuß. Dafür muß die Erläuterung kommen, daß Arbeit in jeder Erscheinungsform eine geistig-sittliche Tat des Menschen ist. Sonst bleibt

Herrn Albin verfehlt es einen Augenblick den Atem. Der letzte Schluß aus der Tasse zeigt Reue, in die fatale unrechte Kehle zu geraten. Aber Höfel, der Versicherungsgagent, hat sich schnell gefast.

Er lacht. Lacht ganz gemühtlich. „Na, das ist eine verfluchte Beschichte!“

Das gerötete Gesicht der Frau Agnes taucht aus der grauen Wolke der Tuchschürze wieder auf. Ein unsicherer Blick trifft Herrn Höfel.

„Na, es war schließlich nicht so schlimm...“ Höfel medert ein bischen. „Nur fünfzig Mark hatte ich auf die Rote gesetzt.“

Ein Hoffnungsstimmer verschönte das Agnesgesicht. „Diese Rote hatte nämlich vier Beine!“ Das Lachen Höfels klingt schon überzeugter. „Aber sie hat in Karlsdorf von diesen Beinen nicht den richtigen Gebrauch gemacht. Und die fünfzig Mark waren pleid! So ein Viehl! Sie war mir als sicherer Tip gegeben!“

Nun lacht auch Frau Agnes. Und gießt sich Kaffee ein. Vierzehn Tage darauf muß Herr Höfel verreisen. Geschäftlich.

Er hat im Geschäft strenge Weisung gegeben, seine „Post“ bis zu seiner Rückkehr unter Verschluss zu legen.

Frau Agnes packt ihm die Reisetasche und bringt ihn zur Bahn.

Nach acht Tagen kehrt Herr Höfel zurück.

Keine Agnes auf dem Bahnhof. Zuhause hängt die halb schadenstrotz, halb verlegen lächelnde Pförtnerfrau Herrn Höfel den Wohnungsschlüssel ein. „Ihre Frau ist zu ihren Eltern gereist!“

Albin stürzt in die gute Stube. Auf dem Tische liegt ein Brief.

„Lieber Albin! Denke Dir, das Pferd hat geschriebe n!“

Daneben liegt noch ein Brief, der länger ist und viel tatsächliches enthält.

Es ist ein Liebesbrief. Unterzeichnet: Ewig Deine Lotte!

Badischer Landtag.

Das Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte im Landtag
48. öffentliche Sitzung
gr. Karlsruhe, 12. Juli.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 8.25 Uhr.
Von den Abg. Mayer-Karlsruhe (D.N.) u. Gen. ist eine förmliche Anfrage betr. unberechtigten Eingetretens des Ministeriums des Innern bei Verhandlungen eingegangen. (Zwischenruf links: Schutz der Orgeschleute.)
Auf die kurze Anfrage des Abg. Rausch (Soz.) betr. Auflösung der Heil- und Pflegeanstalt Forzheim und der hieraus entstehenden Schädigungen für die Beamten teilt Ministerialrat Stein, der auf der Tribüne unverständlich ist, mit, daß gemäß den gesetzlichen Bestimmungen gehandelt wurde und eine wirtschaftliche Schädigung der Beamten nicht vorliege. — Auf eine Anfrage des Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.N.) teilt der Regierungsbekanntmachung mit, daß der Ertrag der noch ausstehenden Besoldungsvorschüsse erlassen wird; eine Rückerstattung schon bezahlter Vorschüsse aber nicht stattfindet.

Finanzminister Köhler legt namens des Staatsministeriums den

3. Nachtragsetat

vor, der mit einem Fehlbetrag von 45 231 960 M. abschließt. Der ungedeckte Aufwand beträgt insgesamt 251,1 Millionen; an Deckungsmitteln stehen hierfür 147 Millionen zur Verfügung. Der Fehlbetrag muß durch Steuern und Gebühren gedeckt werden, vor allem durch Ertragssteuern. Es bedarf größter Sparsamkeit, um wenigstens einigermaßen unseren Etat in Ordnung zu halten. Deshalb haben wir große Einschränkungen vorgenommen. Für Wohnungen sind im Etat größere Mittel vorgesehen, im nächsten Voranschlag wollen wir dann weitere Mittel für Wohnungsbau im Oberland anfordern. Der Aufwand für die Universitäten und Hochschulen beträgt 13,3 Millionen; weitere Mittel sind für die Kleinrentner ausgeworfen. Die ursprünglichen Anforderungen der Ministerien waren weit höher; auf Anregung des Finanzministers mußten zuerst 14 Millionen und dann noch 10 Millionen gestrichen werden. Es mühten abgesehen werden 2 Krankenhäuser in Baden-Baden und der Umbau des Kurhauses in Baden-Baden; Umbauten an der Erziehungsanstalt in Hechingen, Änderungen bei den Strosanftalten, Anforderungen für die Kunsthalle und das Landesmuseum, verschiedene Landstrafenbestellungen usw. In den nächsten Tagen wird noch ein 4. Nachtrag folgen, der den persönlichen Aufwand hinsichtlich der Besoldungsordnung enthält. Nach Genehmigung der Steuerergesse wird alsdann das Finanzgesetz vorgelegt werden können.

Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte

Abg. Siegelmaier-Oberkirch (Ztr.) berichtet über das Gesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte, das, wie aus den Kommissionsberichten ersichtlich, diese Materie völlig neu regelt. Im neuen Gesetz sind die Ruhegehaltsbestimmungen dem Beamtenrecht angepaßt. Die Meinungen über die Selbstverwaltung waren im Ausschuss geteilt. Man entschied sich für die Beibehaltung des bisherigen Zustandes auf Grund der Regierungserklärungen und weil in diesem Falle der Staat die Verwaltungskosten trägt. Auch bei voller Selbstverwaltung würde die Regierung einen Vertreter in der Fürsorgekasse haben müssen, da sie nur in diesem Falle die Verantwortung tragen kann. In die Fürsorgekasse werden in der Folge auch weibliche Mitglieder aufgenommen. Festgelegt wurde die Versicherungspflicht auf alle berufsmäßigen Gemeindebeamten und Krankentassenbeamten. Eine dem Landtag zugegangene Petition wandte sich gegen die Versicherungspflicht; eine Reihe Kassen nahmen jedoch eine gegenteilige Haltung ein. Die sozialdemokratische Fraktion sprach sich in der 2. Lesung gegen die Versicherungspflicht der Krankentassenbeamten. Doch wurde eine Einigung erzielt, indem der Regierungsentwurf dahin abgeändert wurde, daß die Krankentassenbeamten, die in den Leistungen über die Fürsorgekasse hinausgehen, vom Beitrittswang befreit sind. Die Versicherungspflicht gilt nur für planmäßige Beamte. Der Vorschlag ist die Einführung des Heilverfahrens. Der sozialdemokratische Antrag, den zulässigen Höchstbetrag des Einkommensantrags auf 20 000 M. festzusetzen, statt nur auf 15 000 M., wie jetzt vorgesehen, fand keine Mehrheit. Dagegen ergriff eine Entschließung, daß alsbald zu prüfen sei, wie der Einkommensantrag erhöht werden könne. Von einem Abzug der Beiträge für die Angestellten sollte möglichst abgesehen werden. Der Ausschuss bittet um Zustimmung zum Gesetz im Sinne seiner Vorschläge. Wenn nicht alle Wünsche befriedigt werden könnten, so sprachen finanzielle Gründe dagegen. Möge das Gesetz bald zur Tat werden.

Vom Abg. Rausch (Soz.) und den übrigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion sind 2 Anträge eingegangen:

1. Zum § 18 Abs. 1 festzulegen: Der zulässige Höchstbetrag des Einkommensantrags beläuft sich auf 20 000 M. (statt 15 000 M.).
2. Im § 85 Abs. 1 b festzulegen: Die Einrechnung vorgelegter Dienstzeit kann höchstens für die Dauer von 15 Jahren (statt 10 Jahren) erfolgen.

Vom Abg. Siegelmaier-Oberkirch (Ztr.) u. Gen. ist ein Antrag eingegangen, wonach die Versicherungspflicht weiter ausgedehnt ist auf (zu § 1 c) die Bürgermeister der Gemeinden, die Sitz eines Bezirksamtes und eines Amtsgerichtes sind.

Abg. Schneider-Seidelberg (Ztr.) weist auf die verschiedenen Verbesserungen des vorliegenden Gesetzes gegenüber dem früheren Gesetz hin. Aus finanziellen Gründen konnte nicht weiter gegangen werden, als im Gesetz vorgesehen. Mit dem Gesetz ist ein gewaltiger Schritt nach vornwärts getan.

Abg. Rausch (Soz.):

Ich möchte eine Zentralisation des gesamten Versicherungswesens und eine allgemeine Volksfürsorge für alle schaffenden Stände befürworten. Leider ist dies jetzt noch Theorie. Das vorliegende Gesetz hat sehr lange Zeit zur Ausarbeitung gebraucht. Dieser langen Zeit nach möchte es vorzüglich sein; leider trifft dies, trotz seines Fortschritts, nicht ganz zu und es hat verschiedene Mängel. Die versicherungsmathematischen Bedenken erschweren unsere Bemühungen um Verbesserung des Gesetzes, da sofort finanzielle Bedenken erhoben wurden. Das Gesetz bringt immerhin sehr große Fortschritte. Daß die Krankentassenbeamten versicherungspflichtig werden, begrüße ich für meine Person; der Streit darüber ist sehr merkwürdig. Die Sozialdemokratie trat zuerst für den Versicherungswang der Krankentassenbeamten ein. Dagegen erhob sich ein Sturm der beteiligten Kreise. Meine Partei glaubte diesen Wünschen Rechnung tragen zu müssen. Den Wünschen wurde dann damit Rechnung getragen, daß den Angestellten an Ortskrankentassen, an denen Einrichtungen weitergehender sozialer Art vorhanden sind, von der Versicherungspflicht ausgenommen sind. An der Spitze der Versicherung darf nicht die Rente, sondern muß das vorliegende Heilverfahren stehen. Beim Heilverfahren sollen keine engherzigen Vorschriften waltet. Es gibt eine bessere Methode, als die Heilfürsorge. Nicht gefügt uns am Gesetz die Frage des Verwaltungssystems. Es fehlt im Entwurf der Gebanke, daß Sozialergesse in die Hände der Beteiligten zu legen sind. Bei der Handhabung des Heilverfahrens liegt es im Interesse der

Für unsere Frauen

Wochenhilfe und Wochenfürsorge

Von Luise Schroeder, M. b. N.

Im August 1919 kam auf Anregung der Sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge zur Verabschiedung, durch das jährlich rund einer Million vierhundertfünfzigtausend Frauen eine kleine Hilfe in ihrer schwersten Zeit zusteht. Im vorigen Jahre wurden einige kleine Verbesserungen hierzu beschlossen. Und nun hatte die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstags vor sechs Monaten abermals die Initiative ergriffen, indem sie den Antrag, daß durch einen einstimmig im Reichstage zur Annahme gelangten Antrag der Reichsregierung um sofortige Vorlage eines Gesetzesentwurfes ersucht wurde, der die Leistungen der Wochenhilfe und Wochenfürsorge in einer der Selbstwertwertung entsprechenden Weise erhöhte.

Der Regierungsentwurf sah eine Verdoppelung des Entbindungskostenbeitrages sowie des Stützgeldes und ferner eine Erhöhung der Einkommensgrenze für minderbemittelte Wöchnerinnen vor; er ließ aber das Stützgeld sowie die Hilfe zu Arzt- und Hebammenkosten bei Schwangerschaftsbeschwerden vollkommen unberührt. Wir haben keinen Augenblick einen Zweifel darüber gelassen, daß bei einer derartigen beschränkten Verbesserung der Leistungen der Frau unseres Antrages in keiner Weise erfüllt würde, und es ist uns schließlich gelungen, auch die übrigen Parteien zu überzeugen, daß eine Verabschiedung des Gesetzes in dieser Form vollkommen unmöglich war. Selbstverständlich blieben die Einwendungen der Regierung, wonach durch eine Verdoppelung des Stützgeldes außer den 71 1/2 Millionen jährlicher Mehrbelastung, die bereits der Regierungsentwurf dem Reiche bringt, weitere 63 Millionen Reichszuschuß bedeuten würde, ganz besonders aber der Hinweis auf die den Krankentassen entstehenden Lasten nicht ohne Eindruck auf den Ausschuss; aber es mußte allseitig anerkannt werden, daß nur durch die beantragte Verdoppelung des Stützgeldes wenigstens eine kleine Möglichkeit den Wöchnerinnen gegeben werden könnte, sich in den Wochen vor und nach der Entbindung gesund zu erhalten.

Schwerer zu überwinden waren die Bedenken gegen unseren Antrag auf freie ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird. Wir gingen hierbei von der Erkenntnis aus, daß die Beiträge zu Arzt- und Hebammenkosten im Betrage von 25 M. auch wenn sie verdoppelt würde, einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeutet, und daß besonders schwer getroffen die Familien sind, welche den Arzt zur Entbindung hinzuziehen müssen. Gerade die Sorge vor den hohen Arztkosten ist es, die so mannde Frau verhinert, rechtzeitig den Arzt holen zu lassen, und die deshalb das Leben des Kindes und die Gesundheit der Frau in hohem Maße gefährdet. Es ist deshalb als ein großer Fortschritt zu betrachten, daß die freie ärztliche Behandlung nach schwierigeren Verhandlungen aufgenommen worden ist, und es ist nur zu hoffen, daß die notwendigen Verhandlungen mit Ärzten und Krankentassen so gefördert werden, daß auch diese Bestimmungen schnellmöglichst in Kraft tritt. Bis dahin ist die bei Schwangerschaftsbeschwerden zu gewährende Beihilfe auf 50 M. erhöht worden.

Ferner war es notwendig, zwei vom Reichsrat in das Gesetz hineingebrachte Verschlechterungen wieder aufzuheben, und zwar erstens die Bestimmung, daß das Stützgeld der Versicherten nur solange gewährt werden sollte, als sie nicht gegen

Entgelt arbeitet, und zweitens die Begrenzung des Stützgeldes für die Versicherte auf 6 1/2 M. Beides wäre eine Härte gegen die erwerbstätige Frau gewesen, die in Wochen- und Stützgeld einen Ertrag für den ihr entgehenden Arbeitsverdienst finden soll, und der, falls sie — durch die Not gezwungen — zu früh ihrer Arbeit wieder nachgehen muß, die Möglichkeit einer Stärkung ihres Körpers und einer Fürsorge für ihr Kind um so notwendiger zu gewähren ist. Es ist deshalb zu begrüßen, daß auch unser Antrag Annahme gefunden hat.

Desgleichen wurde gegen einige Stimmen unser Antrag, die Einkommensgrenze für die Minderbemittelten gleichmäßig mit 10 000 M. festzusetzen, einerlei, ob die Betreffende verheiratet oder alleinstehend ist, angenommen.

Herzbelebend sind auch die neuen Vorschriften für den Fall des Todes der Mutter oder des Vaters. Die Frage, was an diejenigen zu zahlen ist, die für den Unterhalt des Kindes sorgen, falls die Mutter bei oder gleich nach der Entbindung stirbt, ist dahin gelöst worden, daß sowohl Wochen- wie Stützgeld weiterzuzahlen sind. Neu aufgenommen worden ist dagegen die Bestimmung, daß die Familienwochenhilfe auch dann zu gewähren ist, falls der verheiratete Ehegatte oder Vater stirbt, wenn die Wiedertauft innerhalb neun Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt.

Bedauerlich ist nur, daß unser Antrag, bei dieser Gelegenheit auch die Beamtinnen und Beamtinnenfrauen in den Genuß der Wochenhilfe zu versetzen, keine Mehrheit gefunden hat.

Die Unabhängigen glaubten es nicht unterlassen zu sollen, im Plenum eine Reihe von weitgehenden Anträgen einzubringen. Diese bedeuteten eine Mehrbelastung von über einer Milliarde Mark jährlich, von der mehr als die Hälfte die Krankentassen zu tragen gehabt hätten. Sie taten das, nachdem ihre Vertreter im Ausschuss ausdrücklich ausgesprochen hatten, daß sie von weitergehenden Anträgen absehen wollten, da sie sich bewußt seien, daß bei dieser Gelegenheit das ganze Problem der Mutterschaftsfürsorge nicht zu lösen sei, und sie das Zustandekommen dieses Gesetzes nicht hinausögern wollten. Aus rein agitatorischen Gründen desavouierten sie nun ihre Ausschussmitglieder und ließen im Plenum ihre Anträge von Mitgliedern ihrer Fraktion begründen, die an den vorhergehenden Beratungen überhaupt nicht teilgenommen hatten und deshalb auch in die Materie nicht eingedungen waren.

Wir antworten für diese Anträge nicht stimmen, ohne zu wissen, ob und wie es den Krankentassen möglich sei, die Mittel aufzubringen. So sehr unser ganzes Arbeiten in dieser Angelegenheit in den letzten zwei Jahren Zeugnis abgelegt hat von unserer Erkenntnis, daß ein umfassender Wöchnerinnenrat notwendig ist, so konnten wir als Arbeitervertreter doch nicht die Existenz der Krankentassen in Frage stellen, die in erster Linie den Arbeitern zugute kommen. Eine wirkliche Mutterschaftsfürsorge ist nicht auf diesem Wege zu schaffen; zu dem Zweck müssen andere Mittel und Wege gesucht werden. Unsere Fraktion hat den Antrag gestellt, die Anträge der Unabhängigen dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags zu überweisen, der dann im Herbst Gelegenheit haben wird, sich mit diesen, wie mit den Anträgen des Ausschusses des Reichswirtschaftsrates zu beschäftigen unter gleichzeitiger Würdigung der Vorschläge, die in Washington von einer Kommission des Völkerbundes in dieser Angelegenheit gefaßt worden sind.

Versicherten, die Verwaltung in Händen zu haben. Bereits im Jahre 1917 mußten Sprecher der 1. Kammer zugeben, daß sich die Einrichtung zur Selbstverwaltung entwickeln müsse. Es besteht daher kein Grund der Selbstverwaltung nicht Rechnung zu tragen, wenn dies auch heute noch nicht geschieht. Wir sind in der 1. Lesung durch Anträge für volle Selbstverwaltung eingetreten. In der 2. Lesung wiederholten wir die Anträge nicht, da die Regierung erklärte, den Entwurf zurückziehen zu müssen, falls sie angenommen werden, da dies eine langwierige neue Durchprüfung erfordere. Start beschäftigte uns das Deliktverfahren, bei dem das Präminenzverfahren zu beanstanden ist. Wir geben der Regierung anheim, das Verfahren einer Nachprüfung zu unterziehen. Weiter beantragten wir, daß nur Beamte und Arbeiter von der Versicherung erfasst wird. Wir wünschen, daß auch die Arbeiter der Gemeinden in die Versicherung fallen. Vielesach sind die Arbeiter nur auf die reichsgerichtliche Regelung angewiesen. Wir hoffen, daß die Regierung die Frage bald zur Lösung bringen kann. Weiter bedauern wir, daß Städte über 15 000 Einwohner nicht erfasst werden. Die am meisten zu beanstandende Bestimmung ist die, daß der Einkommensantrag höchstens 15 000 M. vorsteht. Dies entspricht in keiner Weise den heutigen Verhältnissen. Wir stellen, wie bereits im Ausschuss, den Antrag, den Einkommensantrag bis zu 20 000 M. festzusetzen und ich bitte um Zustimmung hierzu. Schmerzlich war uns auch, daß die vorgelegte Dienstzeit nur bis 10 Jahre angesetzt werden soll. Wir beantragen deshalb, hier 15 Jahre vorzuzurechnen. Wir wünschen die allmähliche Gleichstellung der Staats- und Gemeindebeamten. Verschiedentlich wurde regierungsseitig durch den Sachverständigen auf das Risiko bei einer Erweiterung der Versicherung hingewiesen. Diese Theorie ist jedoch falsch, denn je größer die Zahl der Versicherten, umso leistungsfähiger die Versicherung. Was zur Sicherung der Finanzen der Fürsorgekasse gesehen konnte, ist geschehen. Möge dieses Gesetz, trotz seiner Mängel, seine hohe soziale Aufgabe erfüllen.

Minister Kemmle erklärt zu dem Antrag auf Erhöhung des Einkommensantrags auf 20 000 M., daß in diesem Falle, die Beiträge gewaltig erhöht werden müßten, wenn man nicht ein gefährliches Risiko übernehmen will. Ich kann deshalb für die Erhöhung des Einkommensantrags die Verantwortung nicht übernehmen. Wir müssen das Risiko des Zugangs einigermaßen übersehen können, wenn wir nicht ein gefährliches tragen wollen. Vesteht der Landtag auf der Erhöhung, so muß die Beitragsleistung erhöht werden; oder aber eine neue Vorlage muß geschaffen werden, für die völlig neue mathematische Grundlagen erst erarbeitet werden müssen.

Nächste Sitzung: Mittwoch früh 1/2 9 Uhr. Tagesordnung: Körperschaftsfürsorgegesetz und Landwirtschaftskammerbericht.

Schluss der Sitzung: 6.50 Uhr.

III. Nachtragsetat

Dem Badischen Landtag ist jenseit der III. Nachtragsetat zugegangen. Der Ausgabenetat schließt ab im ordentlichen Etat für 1920/21 mit jährlich 91 994 950 M., im außerordentlichen Etat für 1921 mit 137 879 500 M. Der Einnahmestat verzeichnet an Einnahmen 41 120 500 M. im ordentlichen und 74 898 440 M. im außerordentlichen Etat. Es verbleibt somit im ordentlichen Etat ein Mehrbetrag der Einnahme von 9 125 550 M. oder für die beiden Jahre 1920 und 1921 zusammen von 18 251 100 M.; im außerordentlichen Etat ein Mehrbetrag der Ausgabe von 63 483 060 M. Die Ausgaben übersteigen sonach insgesamt die Einnahmen um 45 231 960 M.

Aus der Partei

Parteitag der pfläzischen Sozialdemokratie

Die pfläzische Sozialdemokratische Partei hielt ihren Parteitag ab, auf dem durch 203 Delegierte 142 Orte vertreten waren.

Eine Reihe von Rednern äußerte sich zu dem Bericht des Parteivorstandes. Gefordert wurde eine besondere Berücksichtigung der Wahl der Gemeindevertreter, an dem Entwurf des Selbstverwaltungsgesetzes wurde Kritik geübt. Gegen die Forderung einer rein gewerkschaftlichen Erziehung der Jugend wandte sich Braun-Berlin, da man nicht jetzt die ganze jetztige politische Jugendbewegung einstellen könne. Eine starke Organisation der Freiwirtschaftler wurde gefordert. Abwicht gegen gewisse Bestrebungen der Freiwirtschaftler-Regierung, eine intensivere Aufklärungsarbeit auf dem Lande sowie ein schonungsloser Kampf nach der äußersten Linken und der Rechten wurden als notwendig bezeichnet.

Profit-Lubwiggelheiten sprach über die erfolgreiche Parteiarbeit unter den Volksschullehrern, eine Einigung der sozialistischen Parteien könne nur durch vorbereitende Schritte von Zentralkomitee erfolgen. Eine von ihm eingebrachte, einstimmig angenommene Entschließung erklärt die Bereitwilligkeit zur Einigung und erwartet, daß die Zentralleitung dem Einigungsgedanken alle volle Aufmerksamkeit zuwenden. Besonders betonte der Redner die Zusammengehörigkeit des Saarlandes und der dortigen Genossen zu ihrem alten Vaterlande. Scharfe Worte fand er gegen die Regierung, die pfläzische Treue mit Untreue lohne und die Sanktionen zu einem guten Teile durch ihre Halsstarrigkeit auf dem Gemissen habe.

Braun-Berlin sprach hierauf über die politische Lage. Auch er mahnt der bayerischen Regierung die Verantwortlichkeit für das Ultimatum und die schmerzlichen Sanktionen bei, beipflichtet die Wählungen derselben, die Stellung der politischen Parteien hierzu und die Steuerpolitik der Regierung. Er ist ein scharfer Gegner der indirekten Steuern, der Arbeiter solle lieber direkte Steuern zahlen, als daß sich unsere Wäلتa noch weiter verschlechtert. Der jetzigen Regierung werde vielleicht keine lange Lebensdauer mehr beschieden sein, aber gegen die Sozialdemokratie könne eine neue Regierung keine Steuerergesse machen. Dann bliebe nichts anderes übrig als die Reichstagsauflösung und Neuwahlen, die die Sozialdemokratie durchaus nicht zu bebauern braucht, da sie gewaltig gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgehen würde. Erst würde ein großes Opfer bringen, wenn er eine Wiederwahl zum Präsidenten annehme.

Am Schluß der Vormittags-sitzung wurde dann noch eine Resolution angenommen, die scharfen Protest erhebt gegen die Aufrechterhaltung der das ganze Wirtschaftsleben der Pfalz schwer schädigenden Sanktionen und die Empörung kundtut über

die von der Regierung Kahr-Matt bis in die jüngste Zeit betrie-

hene, das Reich schädigende Politik, der sie die Interessen der

Wahl völlig gewahrt habe.

Ferner wurden noch Anträge angenommen gegen weitere

Erhöhung der Kohlensteuer und indirekten Steuern, auf Verwe-

igerung der finanziellen Unterstützung der Techn. Hochschule aus

Reichsmitteln, da diese Streikbrecherdienste leisten, und schließlich

auf Ausbau des Betriebsrätegesetzes.

Der Nachmittag war der Beratung des pfälzischen Partei-

ratutes gewidmet. In den Vorstand wurden gewählt: Adner-

Ludwigshafen, Frau Reifer-Ludwigshafen, Medaiteur Sam-

mer und Wagner-Ludwigshafen, Bernag-Dürkheim, Jann-

Frankenthal, Ober-Speier, Schwarz und Mert-Kaiserslautern.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 13. Juli

Geschichtskalender

13. Juli 1816 *Der Erzähler Gustav Freytag in Kreuz-

burg i. Schl. — 1880 †Der Dichter Robert Gomerling in Graz.

— 1920 Englischer Gewerkschaftskongress in London.

Karlsruher Parteinachrichten

Heute abend 1/8 Uhr Parteiversammlung

im oberen Saale des Konzerthauses. Rein Genosse und

keine Genossin darf fehlen.

Kreisvorstandssitzung. Am Freitag, 15. Juli, findet nach-

mittags 5 1/2 Uhr im Fractionszimmer eine Sitzung des Kreis-

vorstandes statt. Vollzähliges Erscheinen ist erwünscht.

m. Dazulanden. Wir verweisen nochmals auf die morgen

Donnerstag abend 1/9 Uhr im „Karlsruher Hof“ stattfindende

Parteierversammlung. Genossin Müller wird einen

Vortrag über „Die Aufgaben der Kinderbeschaukommission“ hal-

ten. Wir empfehlen besonders den Frauen, die Versammlung zu

besuchen. Gleichzeitig wird auch über die derzeitige Woh-

nungslage in unserm Vorort einiges besprochen werden. Die

Wohnungsuchenden, die sich dafür interessieren, sind ebenfalls

je nach Lust eingeladen.

Programmatishes zur Reisezeit

Sinnesgeschmiffen sind wir, ausgeschlossen

Aus dem Gebiet der Proben dieser Welt.

Seit Hebermads und Speer und Schild gerspelt;

Was hätte die Erkenntnis nicht bedrohen?

Auch hinter unser lieberliches Gesch

Das Auslandreisen, das wir gern genießen;

Das Feld der Saaten, die daraus entsprossen

Für die Kultur, wird nicht von uns befehlt.

It Rom, Paris und London uns verbolen

Und alles Gute, das uns dort beflücht.

So steht nur eins, der Sehnsucht Ocean zu schlichten:

Die Heimat selbst so wohnlich einzurichten;

Das uns ihr Anbild stets aufs neu entzückt;

Dies sei das klare Leitmotiv uns Not.

Ferdinand Madlinger.

Die sozialdemokratische Zeitung

Der Einfluss der Tagespresse auf das Denken und Handeln

der Leser ist ein weit größerer und nachhaltiger, als die meisten

es sich vorstellen können. Allein die Tatsache, daß gewaltige

Kapitalstrome wie die Stinnesgruppe in den letzten Jahren

einen großen Teil der bürgerlichen Presse aufgekauft haben, um

der direkten Beeinflussung ausgedehnter Leserkreise in rea-

tionärem Sinne zu dienen, sollte zu denken geben. Aus un-

zähligen Quellen fließt heute der Strom der antisozialistischen

losen Artikeln und Notizen, die den kapitalistischen Pfordesub

lofen Artikeln und Notizen, die den kapitalistischen Pfordesub

oftmals gedrückt zu verbergen wissen, wird die Beeinflussung der

öffentlichen Meinung betrieben. Pressebureau mit weitestehen-

den Verbindungen stellen sich in den Dienst der kapitalistischen

Presseunternehmungen. Auch ein großer Teil der Kreisblätter

und die sogenannte „farblose“, oder „neutrale“, „unpolitische“

Generalanzeigerpresse machen offen und versteckt die Politik der

Reaktionäre und Dunkelmänner getreulich mit und belämpfen,

die Partei- und Gewerkschaftsbewegung der sozialistischen Ar-

beiterklasse.

Die Sozialdemokratie hat natürlich ebenfalls die Bedeutung

der Tagespresse für den politischen Kampf frühzeitig erkannt

und sich in jahrzehntelanger mühsamer Arbeit eine eigene

Presse geschaffen, die, den politischen und geistigen Einflüssen

des Kapitalismus absolut unzugänglich, ausschließlich der geist-

lichen und politischen Aufklärung der Arbeiterklasse und dem

politischen und gewerkschaftlichen Kampfe für den wirtschaftlichen

und sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse dient. Und doch gibt

es auch jetzt noch ungezählte Arbeiter und Arbeiterfamilien, die

ihre leider oft geringen Ansprüche an geistige Nahrung aus-

schließlich aus der bürgerlichen Ortspresse beziehen. Ein-

geschleiert und stumpf gemacht durch solche Presse, jahraus

genossene Kost, fehlt ihnen die Kraft zu der Erkenntnis, daß sie

zur Befriedigung ihres Bedürfnisses an Zeitungslektüre nicht

aus den Organen der Gegner ihrer Klasse schöpfen dürfen,

sondern hierfür nur die von ihren eigenen Klassengenossen ge-

schaffenen und geleiteten Zeitungen in Frage kommen, die so-

zialdemokratische Arbeiterpresse, und das ist für Mittelbaden

der „Volksfreund“.

Er ist das Blatt der werktätigen Bevölkerung in Stadt

und Land. Er gehört an Stelle der volkseindlichen kapitalisti-

schen Blätter der bürgerlichen Parteien in den Haushalt des

Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien, der Handwerker,

Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern. Er braucht aber auch

die Unterstützung dieser Volksschichten im Kampfe gegen die Reak-

tionäre und andere Volksschädlinge. Diese geschieht am besten

durch die eifrigste Mitarbeit aller Leser für die Ausbreitung

des „Volksfreund“ in Stadt und Land. Vor allem aber dürfen

sich unsere Parteigenossinnen und -Genossen durch nichts da-

von abhalten lassen, diese wichtige Parteiarbeit mit größtem

kommen zur Einbedung fast nur Braunkohlen-Briketts in

Frage, da Ruhrkohlen fast keine vorhanden sind und auch

wenig Aussicht auf Besserung in deren Anlieferung besteht. Die

hochwertige Ruhrkohle wird auf absehbare Zeit für den Haus-

brand kaum in Frage kommen können, jedoch es ratsam ist, sich

mit der Brikettfeuerung vertraut zu machen.

Braunkohlen-Brikett richtig verwendet sind ein sehr gutes

Feuerungsmaterial für Ofen und Herd. Zur Anfeuerung bei

Briketts ist genügend trockenes Holz zu verwenden, jedoch die

Briketts nach dem Auflegen, welches in nicht zu kleinen Men-

gen zu geschoben hat, bald in helle Flamme geraten. Hierauf

ist die untere Zugtüre fast ganz zu schließen, jedoch nur wenig

Luft an das Feuer kommt. Grundbedingung bei der Brikett-

feuerung ist, daß in der Glut nicht herumgeschoben wird, sonst

fallen die Briketts durch den Rost und verbreiten üblen Geruch.

Sehr zu empfehlen ist auch ein vermischtes Verwenden von

Braunkohlen-Briketts mit Holz.

Wiederaufbau der Schwimmschule in Karlsruhe. Die

ehemalige Militärschwimmschule beim „Kühlen Krug“ ist dem

Schwimmverein als Vereinsbad überlassen worden. Damit ist

diese Anlage, die seit Jahren außer Betrieb war, der Volksges-

undheit wieder dienstbar gemacht worden.

Warnung vor Heilerde. Der Ortsgesundheitsrat erläßt

im Inferatenteil eine Warnung vor Ankauf von Heilerde.

Die Mieter- und Untermietervereinigung hatte auf

Sonntag eine Mitgliederversammlung in der großen

Saal des „Koloosseum“ einberufen, in der der Vorstand über das

erste Halbjahr seiner Amtierung Bericht erstattete. Den Vor-

standsbericht gab der 1. Vorsitzende Herr A b e l e, anschließend

erstattete der Kassier Herr P o n g r a d den Kassenbericht, der

von den Revisoren gutgeheißen wurde. Beide Berichte legten

Zeugnis ab von der regen Tätigkeit des Vorstandes. An diese

Berichte schloß sich eine rege Diskussion an. Zwei eingelaufene



Sodenheim, 11. Juli. Im benachbarten Rheinhausen ist beim Baden im Rhein gestern ein 14-jähriger Bursche aus Weiber vor den Augen seiner Kameraden ertrunken, mit denen er gemeinsam das Turnfest besucht hatte.

Schwellingen, 11. Juli. Nach elf Jahren ist eine Postkarte wieder an ihren Ausgangsort zurückgekehrt, weil der Adressat inzwischen verstorben war. Am 6. Mai 1910 hatte ein hiesiger Buchbindermeister an einen Kollegen in Mainz eine Ansichtskarte geschickt, die erst am 6. Juli d. J. in Mainz in die Hände des Zustellers kam. Die Post stellte fest, daß der Empfänger schon vor Jahren verstorben war, und so ging die Postkarte wieder an den Absender zurück, der das Vergnügen hatte für die 1910 nur mit 5 Pf. frankierte Postkarte 90 Pf. Strafporto entrichten zu müssen. Die Karte gewinnt durch ihre elfjährige Abwesenheit einen gewissen Kuriositätswert, doch wäre es eine ganz interessante Rechtsfrage, ob der Absender zur Zahlung dieses Strafportos verpflichtet ist, da doch die Schuld an dieser elfjährigen Reise der Postkarte sicherlich nicht bei ihm liegt.

Seidelberg, 12. Juli. Auch hier wird infolge der anhaltenden Trockenheit die Wasserversorgung von Tag zu Tag schwieriger. Die Einwohnerzahl wird daher dringend ersucht, den Wasserverbrauch auf das äußerste einzuschränken.

Krenshof bei Neunkirchen, 12. Juli. Wassermangel. Eine Trockenheit und ein Wassermangel, wie ihn die ältesten Leute nicht erlebt haben, zwingt die Hofbewohner, mit Häffern das nötige Wasser stundenweit aus den benachbarten Gemeinden und Gehöften herbeizuholen. Die Gefahr einer nicht zu bekämpfenden Feuersbrunst wächst von Tag zu Tag.

Griesheim b. Offenburg, 12. Juli. Der 15-jährige Lehrling Ludwig Dengler trank nach dem Genuß von kirchlichen Wasser und mußte seine Unvorsichtigkeit mit dem Leben büßen.

Freiburg i. Br., 12. Juli. Selbstmord. Eine 35-jährige Ehefrau hat sich am Sonntag vormittag durch Erhängen mit einem Taschentuch selbst das Leben genommen, während ihr Mann auf der Beerenjuche war. Der Grund zu dieser Tat ist wahrscheinlich in Schwermut zu suchen.

Muden, 12. Juli. Ein schon älterer Mann hat vor einigen Tagen ein Mädchen von 11 Jahren überfallen, sie mit dem Revolver bedroht und ihr die Barschaft abgenommen. Als der Tat verdächtig wurde ein 40 Jahre alter Schuhmacher aus Mühlacker verhaftet.

Die Unglücksfälle beim Baden mehren sich in erschreckender Weise. So wird aus Mannheim gemeldet, daß in einem Verbindungsanal der 21-jährige ledige Matrose August Kellerbach von Lorchhausen ertrunken ist. — In Rehl ertrank beim Baden im Rhein der 24-jährige Grenzauflieger Franz Böffler von Endingen. — Beim Baden in der Jagst fand der 20-jährige Sohn des Reglers Josef Rupp den Tod in den Wellen.

Der Raubmord in Heidelberg

Heidelberg, 12. Juli. (Drahtbericht.) Die Sezierung der Leichen der beiden gestern aufgefundenen Bürgermeister ergab folgendes: Oberbürgermeister Bussle ist durch eine Kugel sofort getötet worden. Die Kugel drang von rechts oben in die Brust ein, durchschlug die Herzwurzel und die Wirbelsäule und trat im Rücken wieder heraus. Bei der Leiche des Bürgermeisters Werner ergab sich überraschenderweise, daß Werner nicht durch Schüsse, sondern durch mächtige Schläge mit einem harten Gegenstand auf den Kopf getötet worden ist. Die Schädeldecke war vollständig gerümmert. Danach ist anzunehmen, daß der Täter den flüchtigen Werner eingeholt und mit dem Gewehrlos niedererschlagen hat. Heute vormittag wurde bei weiterer Durchsicherung der Gegend der Fundstelle auch das Gewehr gefunden, mit dem die Tat ausgeführt worden ist. Es ist ein ungeändertes Infanteriegewehr, von dem aber noch der Schaft fehlt. Das Gewehr lag etwa 20 Meter von jener Stelle entfernt, an der man die Leiche Berners gefunden hatte; es war unter einem großen Stein verborgen. Den Schaft wird der Täter wahrscheinlich an einer anderen Stelle verborgen haben, weil er blutig oder unter Umständen auch zersprungen war. Der aufgefundenen Gewehrteil ist mit Blutspuren bedeckt und zeigt deutliche Fingerabdrücke, aufgrund deren vielleicht die bestimmte Feststellung des Täters erfolgen kann. Die Beweise für die Täterschaft des verhafteten Eisenbahnschlossers Gieseler verdichten sich immer mehr. Durch genaue chemische Untersuchungen wurden an seinem Anzug erhebliche Flecken von frischem Blut festgestellt. Außerdem befinden sich in seiner Kleidung viele kleine Moos- und Gestrüppreste aus dem Wald.

Die beiden Leichen waren vollständig beraubt gewesen. Mit welcher Rohheit der Täter vorgegangen ist, zeigt, daß man in einer Tasche des Bürgermeisters Bussle den abgeschnittenen Ringfinger fand, den der Täter abgeschnitten haben wird, um den Ring schneller entfernen zu können. Die Gesamtelobnung ist in den letzten Tagen auf 25 000 M. erhöht worden, da 10 000 M. von der Stadt Herford, 5000 M. den Angehörigen des Bürgermeisters Werner, 5000 M. vom Stadtrat Heidelberg und 5000 M. vom Badischen Justizministerium dazu gekommen waren.

Gerichtszeitung

Der Vatermord in Pfullendorf

Konstanz, 12. Juli. (Drahtbericht.) Heute verhandelte das Schwurgericht gegen die 30 Jahre alte ledige Elifabeth Schnopp aus Pfullendorf wegen Mordes. Das Publikum drängte außerordentlich stark zu der Verhandlung. Als Ver-

treter der Regierung war Generalstaatsanwalt Schlimm aus Karlsruhe anwesend. Der Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß sie in der Nacht zum 31. Januar morgens zwischen 3 und 5 Uhr in der Wohnung ihres Vaters Johann Schnopp diesen in seinem Schlafzimmer überfiel und ihn mit einer Axt während er schlief den Schädel einseitig, so daß er sofort tot war. Nachträglich versehrte die Angeklagte ihrem Vater noch einen Stich in den Hals, der die Luftröhre durchschnitt. Aus der Verhandlung ergab sich, daß die Täterin die Tat aus dem Beweggrund begangen hat, ihren Bräutigam nicht zu verlieren und für die Heirat einen Geldbetrag zur Verfügung zu haben. Nach dreiwöchentlichiger Beratung bejahten die Geschworenen die Frage nach vorsätzlicher Tötung. Der Staatsanwalt beantragte lebenslängliche Zuchthausstrafe. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 15 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Ein robuster Schwager. Der mit seiner Frau in Zwistigkeiten lebende 31 Jahre alte Eisenbahnarbeiter Friedrich Kaufmann aus Pfullendorf wurde am 1. November 1920 in der Nähe des Freiburger Vororts Mittenweiler seinem Schwager, einem Eisenbahnschlosser, auf und feuerte aus einem Treppenschloß zwei Schüsse nach dessen Kopf. Zum Glück ging der eine fehl, der andere streifte das Stirn des Angeklagten. In der Verhandlung vor der Strafkammer in Freiburg entpuppte sich Kaufmann als roher und gewalttätiger Mensch, der Frau und ihre Angehörigen aus den niedrigsten Ursachen ständig bedrohte. Der Gerichtshof verurteilte ihn wegen erschwerter Körperverletzung und verbotenen Waffenbesitzes zu 2 Jahren 2 Monaten Gefängnis, abzüglich 6 Monaten Untersuchungshaft.

Diebstehler. In der Nacht vom 5. zum 6. Dezember 1920 wurden aus dem 12.33 Uhr nachts in Bruchsal abgehenden Güterzug zwischen Bruchsal und Ulm 15 Kisten im Wert von 25 000 M. herausgenommen. In zwei nachfolgenden Nächten brachte der Wirb und Metzger Gustav Wolf in Ulm die Diebstehle in seine Wohnung, wo sie am nächsten Abend abgeholt wurde. Dies trug ihm eine Anklage wegen Diebstahls und eine Gefängnisstrafe von acht Monaten vor dem Schöffengericht ein. Wolf will den Eisenbahnangestellten und den Zivilisten, die ihn zur Uebernahme der Fuhre gegen eine Belohnung von 400 M. bestimmten, nicht genannt, noch gewußt haben, daß die Kisten aus einem Diebstahl herrührten. Das Urteil des Schöffengerichts Bruchsal wurde von der Strafkammer abgeändert, daß der Angeklagte wegen Begünstigung und Geheures zu 8 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft verurteilt wurde.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Saison-Ausverkauf

in

Schuhwaren

Angebote und
Gelegenheitskäufe

zu ganz besonders

herabgesetzten Preisen!

Beachten Sie unsere
Schaufenster!

Schuhhaus Bortholde
Kaiserstrasse 108

Schuhhaus R. Danger
Kaiserstrasse 161
Ecke Ritterstrasse

Schuhhaus Erlka
Ludwigsplatz

Schuhhaus Ettlinger
Kaiserstrasse 48

Schuhhaus Alb. Hell
Kaiserstrasse 205

Schuhhaus H. Landauer
Kaiserstrasse 183

Schuhhaus Löw-Hölzle
Kaiserstrasse 187

Schuhhaus Prophet
Kaiserstr., Ecke Lammstr.

Schuhhaus Sax
Kronenstrasse 17a

Schuhhaus Simon
Kaiserstrasse 201

Schuhhaus Stern
Karlfriedrichstr. 22
Rondellplatz

STADTGARTEN

Samstag, den 16. Juli, 8 bis 11 Uhr

Sommernachts-Fest

Lampensbeleuchtung des Gartens und der Boote, bengalische Beleuchtung der Gartenanlagen.

Konzert der Harmoniekapelle.

SERENADE auf dem See.

Eintritt: 2 Mk. (Inhaber von Jahreskarten), 3 Mk. (Sonstige) einschl. Lustbarkeitssteuer, Kinder je die Hälfte. Programm 50 Pf. Kartenvorverkauf: Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens. Bei schlechtem Wetter fällt die Veranstaltung aus.

„Nissin“ Vereinsbedarf

Kopfläuse

Diplome, Eichenkränze, Festabzeichen, Saaldekorationen, Tombola-Lose, Tanzkontrollen, Eintrittskarten empfiehlt

Bernhard Müller, Luxus-Papierhandlung und Versand

Telephon 6866 Karlsruhe Kaiserstr. 236

Achtung!

Orthopädie-Industrie

Wir verkaufen wegen Auflösung der Firma sofort unsere der Neuzeit entsprechend eingerichteten **Orthopädischen Werkstätten** für Herstellung von Kunstgliedern, orthopädischen Schuhen usw. in **Karlsruhe, Ettlingen, Mannheim, Freiburg und Konstanz**

Spezialitäten: Fournierholz-Kunstbein und aktiv bewegliche Arbeitsarme

Näheres durch:

Lehrbetriebe

für Industriearbeiter G. m. b. H. in Liquidation
Karlsruhe i. Bad., Kaiserstrasse 201, II.
Liquidator: Freyss.

Kleine Nachrichten

Frankfurt. Die französische Besatzungsarmee hat allen Vereinen, die in das besetzte Gebiet Ausflüge unternehmen, verboten, mit Musik und Fahnen in geschlossenem Zuge zu marschieren.

Augsburg. Eine Schweizer Reisegesellschaft erlitt unweit der Station Kissing an der Staatsstraße Augsburg-München einen schweren Automobilunfall.

Berlin. Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ meldet, wurde ein Angehöriger des Hauptverwaltungsamtes verhaftet, der sich mit Hilfe von Stempeln, die er sich verschafft hatte, 140 000 M an Reichsbanknoten in Belgien überweisen ließ.

Wilmshausen. Bei der Vernichtung von Pulverbörden ist hier täglich auf Befehl der Entente kontrolliert, ob geeignete Gefäße nachmittags in der Nähe von Wilmshausen eine schwere Pulverexplosion. Fünf Personen wurden verletzt, zwei von ihnen sind inzwischen gestorben.

Mühlhausen. Der 37jährige Eisenarbeiter Th. Fuhr aus Seutheim, der Vorsitzende der Ortsgruppe Seutheim des unabhängigen Gewerkschaftsbundes, wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er vor einigen Wochen in seiner Fabrik das Alarmglocken zum Abstellen der Maschinen erlösen ließ.

Konstantinopel. Russische Flüchtlinge berichten: Im ganzen Don-Gebiet herrscht Cholera. In Kozlow forderte die Cholera an jedem Tage 400-500 Opfer.

Rechte Nachrichten

Gewalttaten der Polen

II. Königshütte, 12. Juli. Wie der „Oberschl. Kurier“ meldet, sind in Grabowshy bei Lugo deutsche Arbeiter von den Polen angegriffen worden.

wurde schwer verwundet, schleppte sich aber weiter fort. Die Polen, die den Blutspuren nachgingen, haben ihn eingeholt und erschlagen.

Vor dem vierten Polenaufstand

III. Breslau, 13. Juli. Die Insurgenten im Kreise Rabin geben bekannt, daß der vierte Aufstand am 17. Juli beginnen wird. Die deutschen Einwohner werden aufgefordert, die Gegend bis 15. Juli zu verlassen.

Neue Ueberfälle in Oberschlesien

III. Kattowitz, 12. Juli. Auf der Strecke zwischen Kattowib und Rabin wurden Güterzüge von Banditen überfallen und beraubt. Bei Jaweiche wurde der Möbeltransport eines Oberlehrers, der ins Reich fahren wollte, vollständig ausgeraubt.

Gefechte in Oberschlesien

III. Reuhof, 12. Juli. (Kreis Kattowib.) Hier fand heute vormittag 4 Uhr ein Gefecht der Polen mit der deutschen Ortswehr statt, wobei 5 Polen erschossen wurden.

Aus der elsässischen Industrie

III. Mühlhausen, 12. Juli. Der Lohnkampf in der Textilindustrie des Elsass nimmt seinen Fortgang. 20 000 Textilarbeiter stehen wegen der Lohnforderungen in Streik.

Schriftleitung: Georg Schöppin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Rechte Nachrichten Hermann Kadel; für Wabische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

„Der praktische Ratgeber für Schwerhörige“ betitelt G. A. Schulze, Berlin-Wilmersdorf, Solteimischestr. 16, eine von ihm verfasste Broschüre, die er zum Selbstkostenpreis von 2.50 M versendet.

Das Jugendproblem in der Gegenwart. Im Verlag des Hauptverbandes des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, ist eben eine kleine bedeutungsvolle Schrift unter obigem Titel erschienen.

Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 16

empfehlen das grüne Kursbuch 450 M. Sommerfahrplan 60 M, sowie Schwarzwaldführer mit Porto 19 M und diverse Wanderkarten.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Die Sänger werden für nächsten Sonntag um rechtzeitige Anwesenheit im Schloßgarten ersucht.

Advertisement for travel goods and suitcases. Includes images of suitcases and text: 'Sämtliche Reise-Artikel', 'Spezial-Kofferhaus', 'Geschw. Kronenstr. 51', 'Lämmler', 'Telefon 1451'.

Advertisement for a hair salon. Text: 'Damen-Frisier-Salon', 'Im Stadt-Vierortbad, Ettlingerstrasse', 'ab Montag, den 11. Juli geöffnet', 'F. Bender, Friseur'.

Advertisement for a house. Text: 'Vielleicht', 'sind auch Sie bei Herstellung Ihres Hausgetränkes mit einem Rostanfang bereinigt', 'Robert Rul, Ettlingen 58', 'Heidelbeer-Verband'.

Table with 5 columns: Kohlenorte, ab Eisenbahnanlagen, ab Lager, ab 1000 kg, ab 2000 kg. Lists various coal types and prices.

Large advertisement for 'SAISON-AUSVERKAUF' (Seasonal Sale). Features a large 'TETZ' logo and text: 'Morgen letzter Tag', 'Kappes & Klinge, Friseur, Kaiserstraße 86'.

Advertisement for 'Durlacher Anzeigen' (Durlach Advertisements). Text: 'Hausbrand-Versorgung', 'Verkauf von Lagererbsen', 'Schwerarbeiter-Brotzulage'.

An die Abonnenten und Leser des „Volksfreund“! Bei Einkäufen ersuchen wir unsere Abonnenten und Leser, die Geschäfte in erster Linie zu berücksichtigen, die im „Volksfreund“ inserieren.

